

# Größtes Schutzgebietssystem der Welt in Gefahr!

Interessengruppe im brasilianischen Parlament will Öffnung von Schutzgebieten für Rohstoffabbau und Agrarproduktion erzwingen



# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung .....</b>	<b>3</b>
<b>1. Die Bedeutung Amazoniens .....</b>	<b>4</b>
Gefahren für Amazoniens Wälder .....	4
Die Folgen der Waldzerstörung.....	6
<b>2. Die Bedeutung von Indigenen-Territorien und Schutzgebieten und das Engagement Deutschlands .....</b>	<b>6</b>
Das Engagement Deutschlands .....	7
ARPA: Das größte Schutzgebietsprogramm der Tropen.....	7
PPTAL: Sichere Heimat für Indigene.....	8
<b>3. Aktuelle Gesetzesreformen bedrohen Schutzgebiete und Indigenen-Territorien.....</b>	<b>9</b>
Der Antrag auf Verfassungsänderung.....	10
Das Bergbaurahmengesetz .....	11
Sind die bedeutenden Investitionen Deutschlands in den brasilianischen Waldschutz betroffen? .....	11
<b>4. Ausblick.....</b>	<b>12</b>
Ausverkauf der Schutzgebiete oder Stopp der übermächtigen Lobby? .....	12
<b>Hintergrund: Prozess der Gesetzgebung in Brasilien.....</b>	<b>14</b>
<b>Quellen/Weiterführende Informationen .....</b>	<b>15</b>

## Einleitung

Amazonien ist die größte noch verbliebene Regenwaldregion der Erde – rund 15-mal so groß wie Deutschland. Sie erstreckt sich über neun Staaten Südamerikas. Den größten Anteil mit mehr als 60 Prozent hat Brasilien. Das entspricht einer Landfläche von der Größe Indiens.

Die Amazonasregenwälder beherbergen rund zehn Prozent aller auf der Welt lebenden Tier- und Pflanzenarten und gehören damit zu den artenreichsten Ökosystemen des Planeten. Die Wälder sind zudem die Heimat von rund 390 indigenen Völkern.

Die zentrale Lebensader ist der Amazonas. Der größte Strom der Welt führt mit seinen abertausenden Nebenflüssen rund 70-mal mehr Süßwasser als der Rhein.

Zusammen sind die Wälder und Flüsse Amazoniens eine machtvolle Klimaanlage, die über die Verdunstung erheblich zur Wolkenbildung und damit zum Regenfall in anderen Regionen Südamerikas beiträgt. Darüber hinaus sind die Amazonasregenwälder auch als gigantischer Kohlenstoffspeicher ein wichtiger Regulator des Weltklimas.

Doch ungeachtet ihrer Bedeutung werden die Amazonaswälder seit Jahrzehnten aus kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen zerstört. Um mehr als ein Fünftel ist die Waldfläche bereits geschrumpft. Das bedroht nicht nur die biologische Vielfalt, sondern es beschleunigt auch den Klimawandel. Nicht zuletzt aufgrund ausbleibender Regenwolken aus Amazonien hat die Region um die Metropole São Paulo bereits seit Jahren mit der Trockenheit zu kämpfen. Im vergangenen Winter gab es die schlimmste Dürre seit 70 Jahren.

Auch die deutsche Bundesregierung engagiert sich schon seit langem und mit großem Erfolg für den Schutz der Amazonasregenwälder. Gemeinsam mit weiteren Partnern unterstützen sie vor allem das „Schutzgebietsprogramm für die Amazonasregion“ (Amazon Region Protected Area Programme, ARPA). Durch dieses umfassendste Naturschutzvorhaben in den Tropen konnte Brasilien die Schutzgebietsfläche auf mehr als 20 Prozent des brasilianischen Amazonasregenwaldes verdoppeln. Zugleich wurde die Entwaldungsrate erheblich verringert – von 27.000 (2004) auf rund 5.000 Quadratkilometer (2014).

Die Bundesregierung unterstützte auch die brasilianischen Indigenen-Behörde FUNAI dabei, 178 Indigenen-Territorien mit einer Fläche von 380.000 Quadratkilometern – das ist etwas größer als die Fläche Deutschlands - zu identifizieren und viele auch auszuweisen.

Doch die mit großen finanziellen Mitteln erreichten Fortschritte im Naturschutz und im Bereich Menschenrechte sind nun in Gefahr: Amazonien droht der Ausverkauf. Mit zwei Gesetzesvorhaben, dem Bergbaurahmengesetz sowie einem Entwurf zur Änderung der Verfassung, will Brasilien voraussichtlich noch 2015 Naturschutzgebiete und Indigenen-Territorien faktisch zur teilweisen Ausbeutung freigeben. Bereits vorhandene sowie mögliche künftige Schutzgebiete und Indigenen-Territorien sollen im großen Stil für Landwirtschaft, Bergbau- und Wasserkraftgewinnung zugänglich gemacht werden. Auch die Ausweisung von neuen Gebieten wird durch die Reformen erheblich erschwert.

Dies hätte bisher noch unübersehbare Folgen für indigene Völker, Natur und Klima. Zudem sind damit auch die Erfolge von mehr als 100 Millionen Euro an deutschen Investitionen in den Umweltschutz in Brasilien in Gefahr. Daher mobilisiert der WWF gemeinsam mit vielen weiteren Partnern die brasilianische und deutsche Öffentlichkeit, um diese Gefahr für die Amazonaswälder noch abzuwenden.

## 1. Die Bedeutung Amazoniens

In Amazonien erstreckt sich, trotz Entwaldung, noch immer der größte zusammenhängende Regenwald der Erde. Er umfasst heute eine Fläche von 5,36 Millionen Quadratkilometer (ursprünglich waren es 6,7 Millionen Quadratkilometer). Das ist größer als die gesamte Europäische Union und entspricht etwa der 15-fachen Fläche Deutschlands. Mehr als 60 Prozent davon liegen in Brasilien (3,34 Millionen Quadratkilometer).

Der Amazonasregenwald ist die Heimat von 34 Millionen Menschen, darunter etwa drei Millionen Indigenen. Der Reichtum an Tier- und Pflanzenarten ist erst zum Teil erforscht: Bisher wurden rund 40.000 Pflanzenarten beschrieben, drei Viertel davon wachsen ausschließlich in der Amazonasregion. Dort leben außerdem mehr als 400 Säugtierarten, 1.300 Vogelarten, fast 380 Reptilien- und annähernd 430 Amphibienarten. In den Flüssen schwimmen etwa 3.000 verschiedene Fischarten. In Amazonien sind rund zehn Prozent aller auf der Welt lebenden Tier- und Pflanzenarten zu Hause.

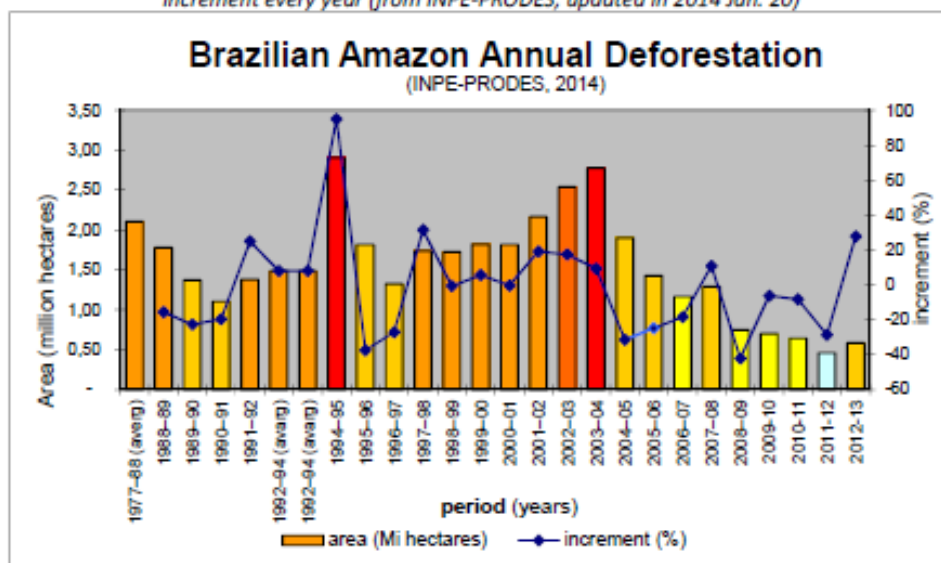
Darüber hinaus kommt es immer wieder zu Neuentdeckungen: Alleine zwischen 1999 und 2013 wurden 1.661 bislang unbekannte Pflanzen und Wirbeltiere wissenschaftlich beschrieben. Damit ist das Amazonasbecken das vermutlich weltweit größte Reservoir an biologischer Vielfalt an Land – und hat damit entscheidende Bedeutung beispielsweise für die Suche nach neuen Medikamenten und Nutzpflanzen.

Der Amazonas ist neusten Messungen zufolge der längste Fluss der Erde und übertrifft mit seiner Wassermenge jedes andere Fließgewässer um ein Vielfaches. Das Amazonasbecken ist gleichzeitig das weltgrößte Süßwassersystem und fasst, je nach wissenschaftlicher Quelle, bis zu 20 Prozent der weltweiten frei fließenden Frischwasserreserven.

Die größte zusammenhängende Waldfläche der Erde ist außerdem ein wesentlicher Stabilisator des globalen Klimas. Die riesige Waldfläche produziert Wolken, die etwa genauso viel Wasser transportieren wie der Amazonas. Diese sogenannten „fliegenden Flüsse“ sorgten bislang für regelmäßige Regenfälle im Süden Brasiliens.

## Gefahren für Amazoniens Wälder

Graphic 1. Brazilian Amazon Annual Deforestation, in area (million hectares) and percentage of increment every year (from INPE-PRODES, updated in 2014 Jan. 20)



Entwaldungsraten in ihrer zeitlichen Entwicklung.

Bis jetzt wurden seit den siebziger Jahren mehr als 1,3 Millionen Quadratkilometer Amazonasregenwald vernichtet, das entspricht etwa einem Sechstel der ursprünglichen Fläche. Von einst rund vier Millionen Quadratkilometer Amazonasregenwald in Brasilien sind heute etwa 17 Prozent entwaldet, weitere 17 Prozent sind degradiert.

Die Entwaldungsrate konnte in den vergangenen zehn Jahren deutlich verringert werden: Wurden im brasilianischen Teil Amazoniens im Jahr 2004 noch 27.000 Quadratkilometer Wald vernichtet, waren es 2014 knapp unter 5.000 Quadratkilometer. Allerdings scheint sich der Trend 2015 wieder umzukehren.

Ungeachtet ihrer ökologischen Bedeutung wächst der Druck auf die Amazonaswälder wieder. Wurden sie früher abgeholzt, um illegal Holz zu gewinnen oder Rinderweiden anzulegen, wird heute in Brasilien immer mehr Wald gerodet, um auch Kaffee, Orangen, Baumwolle, Zuckerrohr und nicht zuletzt Soja in großen Mengen für den Weltmarkt zu produzieren.

Auch für Bergbau und Energiegewinnung schwinden Brasiliens Wälder. In Zukunft will das bodenschatzreiche Land Eisen, Gold, Kalk, Gas und Erdöl in großen Mengen fördern – auch und gerade in ökologisch wertvollen Regionen, sogar in Schutzgebieten. Dazu soll das Bergbaugesetz reformiert werden (siehe S. 8 ff.). Die Folgen dieses drohenden Goldrausches sind noch gar nicht abzuschätzen.

Gerade zur Gewinnung von Bodenschätzen, aber auch für seine wachsende Bevölkerung braucht Brasilien zunehmend Energie. Die soll besonders durch den Bau neuer Wasserkraftwerke im Amazonasregenwald erzeugt werden. Bis 2022 will Brasilien mehr als 400 Milliarden Euro in die Energiegewinnung stecken. Nur einer von acht großen Zuflüssen zum Amazonas wird dann noch unverbaut frei fließen.

Die vielen Naturwaldflächen, die Brasilien im Gegensatz zu anderen Ländern noch hat, wecken zunehmend internationale Begehrlichkeiten. So wächst der Druck auf die Ressourcen des Landes. Das zeigen beispielsweise die am 19. Mai 2015 unterschriebenen Verträge zwischen China und Brasilien. Im Rahmen des Besuchs des chinesischen Premierministers Li Keqiang wurden 35 Abkommen unter anderem mit den Unternehmen Petrobras und Vale geschlossen, die sich auf eine Investitionssumme von 53 Milliarden US-Dollar belaufen. Sie reichen von der Rohstoffgewinnung bis zum Anbau von Lebensmitteln.

Diese wirtschaftlichen Wachstumspläne haben auch politische Auswirkungen, welche sich in immer neuen Gesetzes- beziehungsweise Verfassungsänderungsvorschlägen wieder spiegeln. Mit ihnen werden Umweltstandards aufgeweicht.

Bereits im Jahr 2012 wurde eine Reform des brasilianischen Waldgesetzes beschlossen, durch welche die Umweltstandards auf privatem Land herabgesetzt wurden. Sie sieht eine Amnestie für all diejenigen vor, die vor dem Jahr 2008 mehrere Millionen Hektar privates Land illegal entwaldet haben.

Zugleich wurde erstmals seit Ende der Militärdiktatur 1985 in der Amtsperiode einer Regierung nur ein einziges Schutzgebiet ausgewiesen (Stand 2014). Auch die Ausweisung von Indigenen-Territorien liegt mit nur fünf Gebieten in mehr als vier Jahren weit unter dem Schnitt ihrer Vorgängerregierungen.

Akut bedrohen zwei neue Gesetzesvorhaben die Amazonasregion: die Reform des Bergbaugesetzes sowie eine Verfassungsänderung, welche die Verkleinerung und Auflösung von Schutzgebieten und Indigenen-Territorien vereinfachen könnte und die Ausweisung solcher Gebiete fast unmöglich machen würde (siehe S. 8 ff.).

## Die Folgen der Waldzerstörung

Die ökologischen Auswirkungen dieser Waldzerstörung sind bereits heute dramatisch. Nicht nur für die einmalige biologische Vielfalt: Der Verlust der Walddecke vor allem im Südosten des Amazonasregenwaldes stellt mittlerweile eine Barriere für die Bewegung feuchter Luftmassen aus der Amazonasregion in den Süden dar.

Städte wie etwa São Paulo, die von diesen Regentransporten aus der Amazonasregion abhängig sind, leiden seit Jahren immer wieder unter Trockenheit. Gegen Ende der letzten Regenzeit waren die Trinkwasser-Reservoirs der Region teilweise nur zu fünf Prozent ihrer normalen Speicherkapazität gefüllt. Zu wenig Niederschlag verursacht außerdem Probleme bei der Stromversorgung. Sie wurde bis vor kurzem zu mehr als 80 Prozent durch Wasserkraft aus mittlerweile unzureichend gefüllten Flüssen der Region gedeckt. Heute sind es weniger als 70 Prozent. Deshalb werden vermehrt mit Öl und Gas betriebene Kraftwerke gebaut und eingesetzt. Dadurch steigen nicht nur die Stromkosten erheblich, sondern auch die Emissionen.

Der schrumpfende Amazonasregenwald wirkt sich auch auf das Weltklima aus. Die Freisetzung großer Mengen Kohlenstoff in Form von Kohlendioxid durch Abholzung und Brände droht den globalen Klimawandel erheblich zu beschleunigen.

Hinzu kommen weitere Bedrohungen wie die Vergiftung der Flüsse durch im Bergbau genutzte Chemikalien (zum Beispiel für Gold, Bauxit und Eisen), Verschmutzung ganzer Landstriche durch undichte oder kaputte Ölleitungen sowie neue Zugangsstraßen mit darauf folgender Kolonisierung. Dämme wiederum führen zur Überschwemmung ganzer Landstriche und blockieren die natürlichen Pfade wandernder Fischarten.

## 2. Die Bedeutung von Indigenen-Territorien und Schutzgebieten und das Engagement Deutschlands

Naturschutzgebiete und Indigenen-Territorien im Amazonasregenwald stellen den effektivsten Schutz gegen Entwaldung dar und werden von der deutschen Bundesregierung seit Beginn des Jahrtausends technisch und finanziell gefördert. Entsprechend zahlreich wies Brasilien seither entsprechende Landflächen in Amazonien aus. Allein unter Präsident Lula da Silva stellte Brasilien rund 450.000 Quadratkilometer unter Schutz oder erklärte sie zu Indigenen-Territorien. Zwischen 2003 und 2009 lagen rund 86 Prozent der weltweit neu ausgewiesenen Schutzgebiete in Brasilien. Parallel ging die Entwaldung im brasilianischen Amazonasgebiet zwischen 2005 bis 2014 um mehr als 80 Prozent zurück.

Heute gibt es im Amazonasregenwald insgesamt rund 390 Naturschutzgebiete. Sie entsprechen etwa 25 Prozent des gesamten Großlebensraums und sind mit 1,67 Millionen Quadratkilometer Fläche fast fünfmal so groß wie Deutschland.

Insgesamt verfügt Brasilien heute mit 1,6 Millionen Quadratkilometern landesweit über das größte Schutzgebietssystem der Welt (~ 10 Prozent der globalen Schutzgebietsfläche).

Darüber hinaus wurden allein in Brasilien bis 2015 mehr als 670 Indigenen-Territorien mit über einer Million Quadratkilometer Fläche eingerichtet, wobei bis heute nicht alle offiziell anerkannt und mit entsprechend starkem legalem Schutz ausgestattet sind.

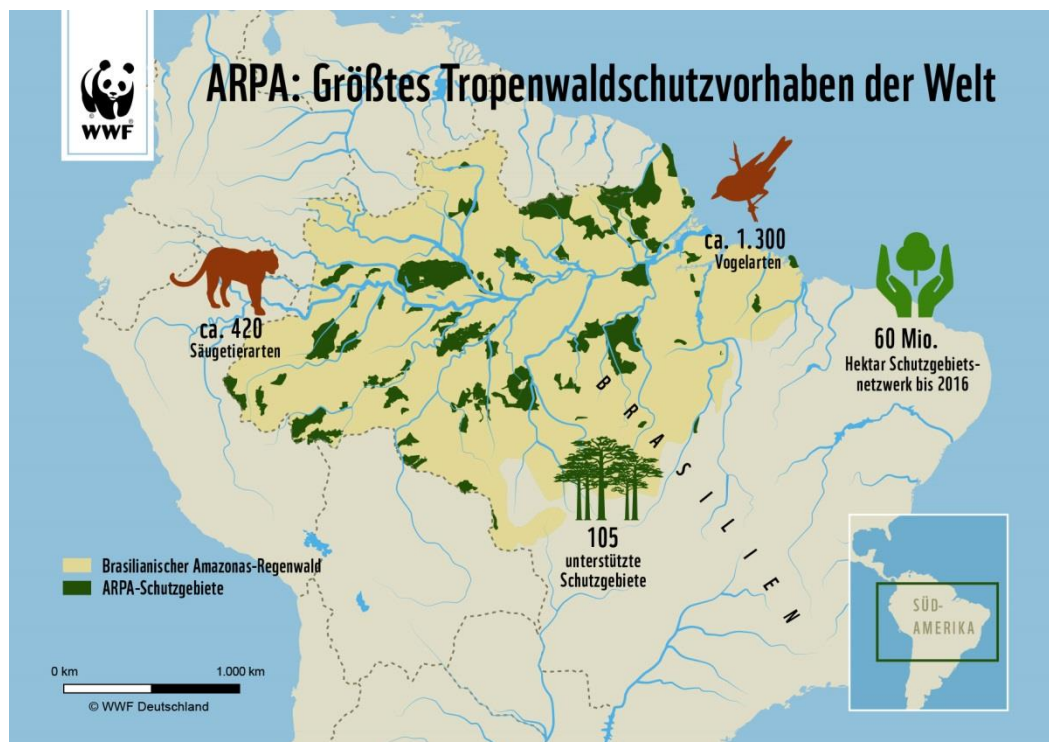
Naturschutzgebiete und Indigenen-Territorien in Brasilien bleiben nachweislich von Zerstörung oder Degradierung weitgehend verschont. Dort ist die Entwaldung mit etwa zwei Prozent ungefähr nur ein Neuntel so hoch wie in der gesamten Amazonasregion.

Die durch Schutzgebiete und Indigenen-Territorien abgedeckte Fläche wäre daher eine gute Basis, um ein Minimum an ökologischer Funktionalität des Amazonasregenwaldes für die biologische Vielfalt und das Weltklima zu bewahren. Wissenschaftler schätzen, dass dafür mindestens 60 bis 70 Prozent des Amazonasregenwaldes langfristig erhalten werden müssen.

## Das Engagement Deutschlands

Deutschland kooperiert seit den 90er Jahren mit Brasilien zum Erhalt dessen Tropenwälder und engagiert sich in den Bereichen Schutz und Management von Indigenen-Territorien, Boden- und Landrechtsfragen, Umweltmanagement und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen.

## ARPA: Das größte Schutzgebietsprogramm der Tropen



Das Schutzprogramm ARPA (Amazon Region Protected Areas Program) ist eines der prominentesten und erfolgreichsten Beispiele der brasilianisch-deutschen Zusammenarbeit. Das Ziel von ARPA ist es, rund 600.000 Quadratkilometer brasilianischen Amazonasregenwaldes durch ein umfassendes Schutzgebietsnetzwerk langfristig zu sichern – eine Fläche so groß wie Deutschland und Großbritannien zusammen. Das entspricht rund 18 Prozent der heutigen Regenwaldfläche auf Brasiliens Terrain. Damit ist das ARPA-Projekt die vielversprechendste Chance, die biologische Vielfalt des Amazonasregenwaldes zu retten und zugleich ein wichtiger Schritt zur Verringerung des globalen Klimawandels.

In diesem größten Schutzgebietsvorhaben der Tropen arbeiten verschiedene Partner wie die deutsche Bundesregierung, der Globale Umweltfonds der Weltbank (GEF), die inter-amerikanische Entwicklungsbank (IDB) und der WWF mit Brasilien zusammen.

Das Programm wurde 2002 gestartet und sollte das Brasilianische Nationale Schutzgebietssystem (SNUC) im Amazonasregenwald ausweiten und stärken. Erreicht werden sollte dies durch die finanzielle Absicherung der notwendigen Schutzmaßnahmen und durch eine nachhaltige Entwicklung der Region.

Der deutsche Beitrag war bislang beträchtlich. Schon in den ersten beiden Phasen des Programms von 2003 bis 2014 wurden von Deutschland über die KfW Bankengruppe 41,4 Millionen Euro für die Demarkierung und Neuausweisung von 46 Schutzgebieten mit einer Fläche von 23,2 Millionen Hektar als Zuschüsse bereitgestellt. Zusammen mit den neun Schutzgebieten, die im Sommer 2015 neu in das ARPA-Programm aufgenommen wurden, sind bereits jetzt insgesamt 105 Gebiete mit einer Fläche von über 580.000 Quadratkilometer von der brasilianischen Regierung mit Unterstützung ihrer Partner geschützt.

Die aktuelle letzte Phase III beziehungsweise „ARPA for Life“ umfasst nun Finanzierungen in Höhe von insgesamt 175 Millionen Euro zur Sicherung der Schutzgebiete, die von allen Partnern aufgebracht werden. Die Bundesregierung hat dafür 50 Millionen Euro in Aussicht gestellt. Damit wäre sie erneut der mit Abstand größte Geldgeber des Programms.

Das meiste Geld soll in einen Umweltfonds fließen, dessen Kapital dann bis 2040 mit jährlich geringer werdenden Beiträgen das riesige Schutzgebietsnetz sichert, während gleichzeitig die brasilianische Regierung ihre finanziellen Beiträge jährlich steigert, bis sie 2040 schließlich 100 Prozent der Kosten übernimmt.

### **PPTAL: Sichere Heimat für Indigene**

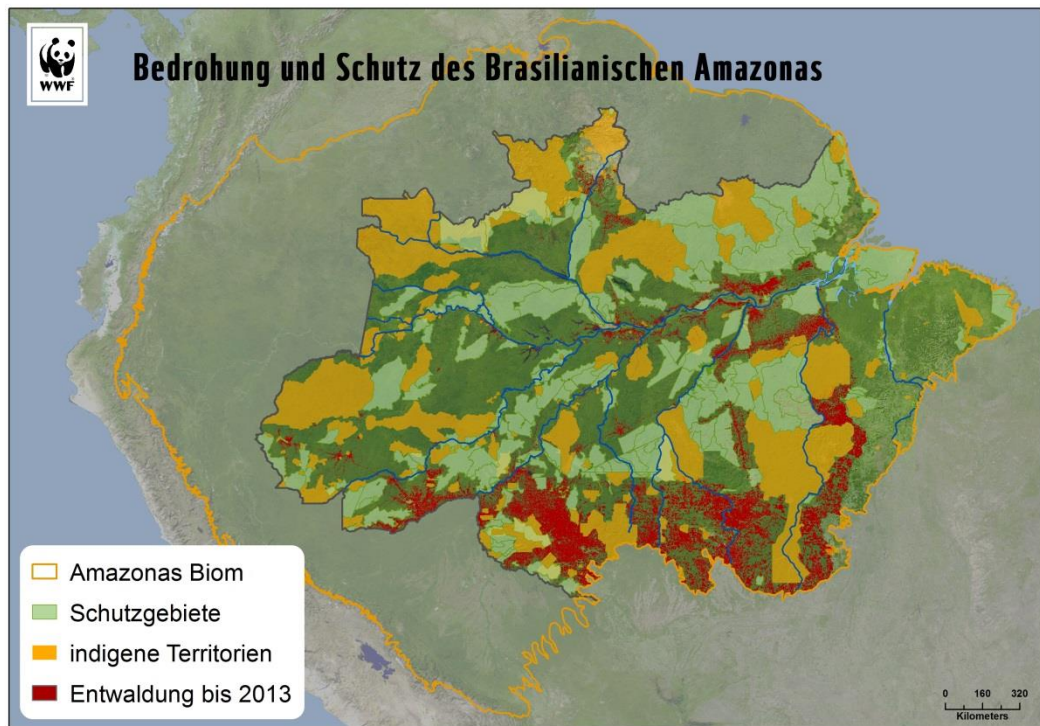
Das Programm zur Demarkierung und Legalisierung von Indigenen-Territorien, PPTAL (Projeto Integrado de Proteção às Populações e Terras Indígenas da Amazônia Legal), hat einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung des Überlebens indigener Völker im Amazonasregenwald geleistet, indem es half, deren rechtliche Ansprüche auf ihr Land zu sichern.

Das Programm mit der Laufzeit von 1994 bis 2009 war Subprogramm eines internationalen Pilotprogramms, um den tropischen Wald in Brasilien zu erhalten (PPG7). Verantwortlich war die brasilianische Indigenen-Behörde FUNAI, die in neu ausgewiesenen Indigenen-Territorien die Existenz indigener Völker sicherte. Unterstützt wurde das Projekt unter anderen von der Weltbank sowie der Bundesregierung, die allein dafür 16 Millionen Euro bereitstellte, und somit auch hier wieder mit Abstand der größte Geldgeber war. Insgesamt wurden 178 Gebiete mit einer Fläche von 38 Millionen Hektar (etwas größer als die Fläche Deutschlands) identifiziert und demarkiert sowie schließlich durch den brasilianischen Staat offiziell anerkannt.

Danach sollten die Territorien als solche registriert und durch Patrouillen gesichert werden. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Alle Projektschritte wurden von Studien und Training für Indigene und Behörden durch die FUNAI begleitet.

Rechtssicherheit und eine gesicherte Lebensgrundlage führten dazu, dass die arg dezimierte indigene Bevölkerung auf ihren Territorien zwischen 1994 und 2010 wieder von rund 400.000 auf fast 900.000 Menschen anstieg.





### 3. Aktuelle Gesetzesreformen bedrohen Schutzgebiete und Indigenen-Territorien

Seit Beginn der zweiten Amtszeit von Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff im Februar 2015 stehen zwei Gesetzesreformen, jeweils in mehreren unterschiedlichen Fassungen, im brasilianischen Parlament, dem Nationalkongress, auf der Agenda. Sollten sie verabschiedet werden, würden sie unweigerlich zur Verkleinerung und Herabstufung von staatlichen Naturschutzgebieten und Indigenen-Territorien führen. Darüber hinaus wäre die Ausweisung neuer Schutzgebiete und Indigenen-Territorien erheblich erschwert.

Gefährdet wären mehrere Millionen Hektar Regenwald – und damit auch die großen Erfolge der vergangenen Jahre bei der Reduzierung der Entwaldung, die maßgeblich auch von Deutschlands Steuerzahlern ermöglicht wurden.

International findet dieser äußerst bedenkliche Prozess bislang wenig Beachtung. Anders bei den direkt Betroffenen: So haben die Indigenen-Organisationen Brasiliens im Namen der Indigenen Völker des Landes gleich zu Beginn der Legislaturperiode dem brasilianischen Staat symbolisch den Krieg erklärt.

Bei den zwei Reformen handelt es sich um das neue **Bergbaurahmengesetz** (Código de Mineração, unter anderem mit den Gesetzesentwürfen PL 37/2011 und PL 3862/2102) sowie einen **Vorschlag zur Änderung der Verfassung** (Änderungsvorschlag Nr. 215, Proposta de Emenda a Constituição 215) beziehungsweise Gesetzespakete mit ähnlichen Absichten (wie PL 1216/2015 und PL 1610/1996). All diese Vorlagen für Gesetzesänderungen, welche den beiden Kammern des Parlamentes (Senat und Unterhaus) vorliegen, haben die gleiche Zielsetzung: die Erleichterung wirtschaftlicher Aktivitäten in Naturschutzgebieten und Indigenen-Territorien. Das gilt auch für weitere Verfassungsänderungsvorschläge (PEC Nr. 72, 161 und 258).

Sowohl das Bergbaurahmengesetz als auch das Gesetzespaket zur Änderung der Verfassung wurden schon im Verlauf früherer Legislaturperioden behandelt. Neu ist der politische Handlungswille der ParlamentarierInnen und die Mehrheitsverhältnisse in beiden Kammern des Parlamentes zu diesen Themen: Der Präsident des Unterhauses hat bereits in der ersten Woche der aktuellen Legislaturperiode im Februar 2015 ange-

kündigt, dass sowohl das Bergbaurahmengesetz als auch der Vorschlag zur Verfassungsänderung vom Parlament prioritär behandelt werden.

Für beide Vorlagen wurden deshalb in den ersten Wochen der aktuellen Legislaturperiode im Unterhaus sogenannte „spezielle Kommissionen“ zur Ausarbeitung der Gesetzestexte einberufen.

Diese Vorgehensweise beschleunigt das Verfahren. Nach derzeitigem Stand könnte das Unterhaus noch im Jahr 2015 final über die Bergbaureform abstimmen. Im Anschluss muss sich der Senat mit den Vorhaben befassen. Abhängig davon, wie stark dieser die Vorlagen verändert, gehen die Gesetzesvorlagen anschließend zur Unterschrift an die Präsidentin oder werden ans Unterhaus zurückverwiesen. Die Präsidentin hat die Möglichkeit, gegen die Reform des Bergbaurahmengesetzes ein Veto oder Teilveto einzulegen, falls sie mit den Vorlagen nicht einverstanden ist.

## **Der Antrag auf Verfassungsänderung**

Die Verfassungsänderung mit der Nummer 215 (Proposta de Emenda Constitucional 215, kurz PEC 215) würde die Verantwortlichkeit für die Ausweisung neuer Schutzgebiete und Indigenen-Territorien von der Regierung an das Parlament übertragen. Damit würden faktisch keine neuen Schutzgebiete mehr ausgewiesen werden können, da die Mehrheit im Parlament dem nicht zustimmen würde.

Des Weiteren könnten Großprojekte wie Dämme für Wasserkraft, Wasserstraßen, Häfen, Straßen und Bahnlinien, Bergbau und extensive Landwirtschaft als Vorhaben im Interesse der Nation klassifiziert werden, um deren Genehmigung zu erleichtern.

Mit diesem Vorhaben setzt sich die brasilianische Regierung unter großen öffentlichen Druck, denn die Bevölkerung steht Schutzgebieten mehrheitlich positiv gegenüber. Ein Teil der Brasilianer sieht das geplante Vorgehen außerdem als verfassungswidrig sowie als Bedrohung für überlebensnotwendige Landrechte der indigenen Völker und traditioneller Gemeinschaften sowie für den Erhalt der Artenvielfalt Brasiliens an.

Doch bereits bei der Reform des Waldgesetzes 2012 zeigte sich, dass eine Mehrheit im brasilianischen Nationalkongress den Land- und Viehwirtschafts-, Energie- und Bergbausektoren nahesteht. Dies hat sich durch die Neuwahl nicht geändert. Es ist deshalb davon auszugehen, dass der Senat und das Unterhaus dem Verfassungsänderungsvorschlag zustimmen werden.

Das bedeutet: Schutzgebiete und Indigenen-Territorien in einer Größenordnung von mehreren Millionen Hektar könnten künftig relativ einfach ihren Schutzstatus verlieren, verkleinert werden oder sogar faktisch aufgelöst werden, wann immer sie großen Infrastrukturprojekten im Wege stünden.

Dagegen haben rund 70 Indigenen-, Sozial- und Umweltorganisationen ein Manifest beschlossen und am 11. Juni 2015 offiziell dem brasilianischen Parlament übergeben. Zu den Unterstützern gehören unter anderen die Nationale Dachorganisation der Indigenen (APIB), die Nationale Organisation der Afrobrasilianer, die Katholische Kirche mit der Bischofskonferenz, die größte Gewerkschaft des Landes (CUT), soziale und Umwelt-NGOs wie der WWF und Greenpeace, aber auch zahlreiche Bauernorganisationen und Verbände von Richtern und Anwälten. Namhafte Juristen und selbst ein Minister des Obersten Gerichts (Supremo Tribunal Federal (STF)) haben auf die Verfassungswidrigkeit der geplanten Verfassungsänderung hingewiesen. Dieses Manifest hat einen großen Beitrag geleistet, um Druck in der Öffentlichkeit gegen die Verfassungsänderung aufzubauen. In einer Sammelklage wird außerdem die Verfassungsmäßigkeit von PEC215 geprüft.

Dilma Rousseff hat zwar vor der Wahl zur aktuellen Legislaturperiode schriftlich erklärt, dass sie sich gegen PEC 215 einsetzen wird, aber es ist noch unklar, wie sie sich tatsächlich positionieren wird. Allerdings besitzt sie in diesem Fall kein Vetorecht (**S. xx**). Sie

könnte nur die Kraft ihres Amtes in die Waagschale werfen und versuchen, Senatoren und Abgeordnete der Regierungsparteien zu beeinflussen.

Aufgrund des mittlerweile beachtlichen Widerstandes gegen den Verfassungsänderungsvorschlag haben dessen Befürworter parallel alternative Reformen angestoßen beziehungsweise wieder aktiviert, um bei einem Scheitern von PEC 215 dennoch dessen Ziele zu erreichen. Hierzu gehören unter anderem die Gesetzesvorschläge PL 1216/2015 und PL 1610/1996. Dahinter verbergen sich allerdings ähnliche Inhalte wie in PEC 215.

## **Das Bergbaurahmengesetz**

Auch die Verfassungsmäßigkeit des geplanten neuen Bergbaurahmengesetzes wird geprüft. Nach der bestehenden Gesetzeslage muss der Kongress jeden Antrag auf Förderung mineralischer Rohstoffe einzeln beurteilen und, wenn nötig, Schutzgebiete verkleinern beziehungsweise auflösen, bevor eine Genehmigung erteilt werden kann. Durch das neue Bergbaurahmengesetz könnten viele dieser bereits gestellten Anträge beschleunigt genehmigt werden. Das würde die Rechte und Interessen lokaler Bevölkerungsgruppen verletzen und außerdem die Artenvielfalt Brasiliens stark gefährden.

Mit den Änderungsanträgen könnte der Bergbau künftig auf bis zu zehn Prozent der Naturschutzgebiete wie Nationalparks zugelassen werden.

Nach Angaben des Staatlichen Amtes für Mineralproduktion (DNPM), das dem Energie- und Bergbauministerium zugeordnet ist, sind zurzeit 203.000 Bergbauförderungsanträge landesweit in Bearbeitung. Von diesen Anträgen betreffen ca. 33.000 teilweise oder vollständig Förderprojekte innerhalb bestehender Schutzgebiete oder Indigenen-Territorien im ganzen Land. Betroffen wäre fast die Hälfte der 1940 Naturschutzgebiete Brasiliens, und über 40% der Indigenen-Territorien.

Auch die Ausweisung neuer Schutzgebiete wird durch dieses Gesetz erschwert werden, da hierfür laut Entwurf die Genehmigung der noch eigens zu gründenden Nationalen Bergbauagentur erforderlich wäre.

Obwohl die zu nutzenden Flächen laut Gesetzentwurf an anderer Stelle kompensiert werden sollen, ist schon jetzt absehbar, dass geeignete Flächen weder in ausreichendem Umfang noch in der notwendigen ökologischen oder kulturellen Wertigkeit zur Verfügung stehen.

## **Sind die bedeutenden Investitionen Deutschlands in den brasilianischen Waldschutz betroffen?**

Mit mehr als 50 Millionen Euro hat Deutschland die Programme PPTAL und ARPA bereits mitfinanziert und damit indigenen Landforderungen Rechnung getragen, die Rechte Indigener Völker im Amazonas unterstützt, die biologische Vielfalt gefördert und wesentliche Beiträge zum internationalen Klimaschutz geleistet. Das deutsche Engagement hat dazu beigetragen, dass sich die Zahl der Schutzgebiete in der Amazonasregion verdoppelte und die Entwaldung dort zwischen 2005 und 2014 um mehr als 80 Prozent zurückging. Darüber hinaus wurden in Amazonien viele weitere Maßnahmen zum Schutz der Tropenwälder und zum Abschwächung des Klimawandels von Deutschland finanziert. Für die Sicherstellung von Schutzgebieten hat Deutschland zudem weitere 50 Millionen Euro in Aussicht gestellt.

Was aber bedeutet das für das mit den bisher investierten Geldern Erreichte und für die neu avisierten Gelder angesichts der aktuellen politischen Situation? Es ist davon auszugehen, dass viele Schutzgebiete und Indigene-Territorien direkt betroffen sein werden, sollten sich die umweltpolitischen Rahmenbedingungen nach den Vorstellungen der Agrar- und Wirtschaftslobby ändern. Der WWF schätzt, dass es sich allein bei durch Deutschland unterstützten Schutzgebieten um knapp 60.000 Quadratkilometer

Amazonasregenwald handelt – einer Fläche fast so groß wie Niedersachsen und Schleswig-Holstein zusammen.

Konkret sind 63 der 105 ARPA-Schutzgebiete durch Bergbau bedroht, das entspricht 10% von von 580.000 Quadratkilometern.

Im Umkreis von 13 ARPA-Schutzgebieten sind heute schon 19 Wasserkraftwerke in Betrieb oder in Planung. Wasserkraft bedeutet nicht nur riesige Flächenverluste im Amazonasgebiet für das Staubecken sowie teilweise Umsiedlung oder Vertreibung der dort lebenden Völker, sondern auch eine Störung des Wasserhaushaltes des Amazonas. Schon jetzt gibt es kaum mehr freifließende Zuflüsse zum Amazonas. Nur einer der acht größten Zuflüsse ist noch freifließend. Des Weiteren sind die wichtigen Wanderwege für viele Fischarten dadurch unterbrochen.

47 von 178 Indigenen-Territorien sind bereits durch Bergbau bedroht. In ihnen laufen hunderte Explorationsanträge in unterschiedlichen Entwicklungsstadien.

Damit steht zu befürchten, dass Brasilien bei einer parlamentarischen Befürwortung beider Gesetzesreformen die Nachhaltigkeit erfolgreicher Kooperationen mit Deutschland gefährdet.

#### 4. Ausblick

Obwohl sich die Mehrheit der Senatoren im Mai 2015 und einige Mitglieder des Unterhauses im Juni 2015 öffentlich gegen den Verfassungsänderungsvorschlag PEC 215 geäußert haben, ist nicht davon auszugehen, dass die politische Zielsetzung aufgegeben wurde, die mit dieser Verfassungsänderung verfolgt wird (Stand August 2015).

Diese Änderung und die aktuelle Novellierung des Bergbaurahmengesetzes sind Teil eines umfassenden Versuchs, die wirtschaftliche Erschließung der Schutzgebiete und Indigenen-Territorien zu erleichtern. Den beiden Kammern des brasilianischen Parlamentes liegen weitere Vorschläge für Gesetzesänderungen mit ähnlicher Stoßrichtung vor. Dazu gehören die Verfassungsänderungsvorschläge (PEC Nr. 72, 161 und 258/2004) und ein Gesetzesvorschlag zur Beschneidung der Landrechte von Indigenen, eingebracht im Mai 2015 (PL 1216/2015). Darüber hinaus wurde im Juni 2015 ein älterer Gesetzesvorschlag (PL 1610/1996) erneut auf die Tagessordnung gesetzt.

Angesichts der im Sommer 2016 in Rio de Janeiro stattfindenden Olympischen Spiele und der damit verbundenen globalen Aufmerksamkeit ist davon auszugehen, dass ein großes Interesse seitens Agrar-, Bergbau- und Energielobby besteht, das Bergbaugesetz und die Verfassungsänderung noch bis Ende 2015 zur Abstimmung zu stellen.

#### **Ausverkauf der Schutzgebiete oder Stopp der übermächtigen Lobby?**

Die Macht der Industrielobby welche die Naturressourcen für kurzfristige Profite aufbrauchen will ist inzwischen sehr groß und wirkt sich stark auf die Handlungsfähigkeit der Regierung aus. Die brasilianische Regierung muss mit einer politischen Niederlage rechnen, wenn sie sich gegen die Reformen stellt da davon auszugehen ist, dass die Mehrheiten in beiden Kammern des Parlamentes beide Reformabsichten befürworten werden. Die Erfahrungen bei der Reform des Waldgesetzes 2012 haben gezeigt, dass sich die Regierung ohne Unterstützung von außen weitgehend passiv verhalten wird, um eine solche Niederlage zu vermeiden. Nur durch das Setzen eines eindeutigen Zeichens, eines Schulterschlusses mit der brasilianischen Regierung, kann diese den notwendigen nationalen und internationalen politischen und öffentlichen Druck aufbauen, um sich erfolgreich gegen diese Vorhaben zu stellen. Die Absicht dazu hatte die Regierung gegenüber den Indigenen Völkern Brasiliens schon vor langem erklärt.

Indigenen-Gemeinden und -Vereinigungen Brasiliens haben bereits vehemente Proteste angekündigt. Die Katholische Kirche und viele Nichtregierungsorganisationen wie der WWF haben sich öffentlich auf die Seite der Indigenen gestellt. Im Rahmen seiner Arbeit vor Ort in Brasilien verstärkt der WWF nun gemeinsam mit seinen Partnern den Druck auf die brasilianische Regierung. Diese Koalition der Zivilgesellschaft und lässt auch die Verfassungsmäßigkeit beider geplanten Gesetzesreformen juristisch prüfen.

Darüber hinaus bleibt der WWF im Dialog mit Brasiliens Regierung und Parlament, um beide davon zu überzeugen, dass nicht kurzfristige Vernichtung, sondern langfristiger Schutz des Amazonasregenwaldes im ureigenen Interesse des Landes ist. Der WWF will vor allem auf den Erfolg nachhaltiger Projekte in Amazonien verweisen und naturfreundliche Alternativen zur Zerstörung aufzeigen – und so zum Beispiel zusätzliche Energiegewinnung auch ohne Waldvernichtung ermöglichen.

Ziel des WWF ist es, beide geplanten Gesetzesänderungen zu verhindern.

## Hintergrund: Prozess der Gesetzgebung in Brasilien

Die Dauer und der Verlauf der Gesetzgebung in Brasilien sind nicht linear. Je nachdem aus welcher Kammer des Parlaments, Senat oder Unterhaus, ein Gesetzentwurf vorge schlagen wurde, diskutiert ihn dort eine Kommission. Normalerweise sind es nacheinander die zuständigen permanenten Kommissionen, zum Beispiel die Verfassungsmäßigkeitskommission, die Umweltkommission etc., die über das Gesetz debattieren. Anschließend stimmt das Plenum der jeweiligen Kammer ab.

Das kann im kürzesten Fall wenige Monate und im längsten Fall bis zum Ende einer Legislaturperiode dauern. Der Gesetzesvorschlag ist an die einbringende Person gebunden und kann immer wieder auf die Agenda gesetzt werden, wenn diese Person wieder ins Parlament gewählt wurde.

Wenn das Gesetz in einer der beiden Kammern, Senat oder Unterhaus, per Abstimmung mit einfacher Mehrheit angenommen wurde, beginnt das Verfahren erneut in der anderen. Das kann wieder unbestimmte Zeit dauern. In besonders dringenden Fällen werden spezielle Kommissionen gebildet, bei denen der Prozess schneller abgewickelt werden soll. Noch schneller geht ein Gesetzgebungsverfahren voran, wenn eine spezielle gemischte Kommission einberufen wird, das heißt, wenn sie aus Mitgliedern sowohl des Senats als auch des Unterhauses zusammengestellt ist.

Sowohl für das Bergbaurahmengesetz als auch für das Gesetzespaket zur Änderung der Verfassung wurden in den ersten Wochen der aktuellen Legislaturperiode im Unterhaus spezielle Kommissionen zur Ausarbeitung der Gesetzestexte einberufen. Nach derzeitigem Stand könnte das Unterhaus noch in diesem Jahr final über das Bergbaurahmengesetz abstimmen.

Im Anschluss muss sich der Senat in den einzelnen permanenten Kommissionen oder ebenfalls in speziellen Kommissionen mit den Vorhaben befassen. Abhängig davon, wie stark die Vorlagen im Senat verändert werden, gehen die Gesetzesvorlagen anschließend zur Unterschrift an die Präsidentin oder werden ans Unterhaus zurückverwiesen.

Die Präsidentin hat die Möglichkeit, ein Veto oder Teilveto einzulegen, falls sie mit den Gesetzesvorlagen nicht einverstanden ist. Im Falle einer Verfassungsänderung allerdings hat die Präsidentin kein Vetorecht. Deshalb ist die Hürde relativ hoch: Die Änderung muss mit einer Mehrheit von mindestens 60 Prozent in beiden Kammern des Parlamentes angenommen werden, damit sie in Kraft tritt. Das heißt, 308 Mitglieder des Unterhauses und 49 Senatoren müssen sich dafür aussprechen.

### **Ansprechpartner:**

Roberto Maldonado  
Südamerika Referent  
WWF Deutschland  
roberto.maldonado@wwf.de  
+49 30 311 777 231

## Quellen/Weiterführende Informationen

- Antonio Donato Nobre: The Future Climate of Amazonia – Scientific Assessment Report (ARA): [http://www.ccst.inpe.br/./The\\_Future\\_Climate\\_of\\_Amazonia\\_Report.pdf](http://www.ccst.inpe.br/./The_Future_Climate_of_Amazonia_Report.pdf)
- Sciencemag, Policy Forum – Environment and Development: Brazil’s environmental leadership at risk: <http://www.sciencemag.org/content/346/6210/706.summary>
- Conservation Biology,,: Downgrading, Downsizing, Degazettement, and Reclassification of Protected Areas in Brazil: <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/cobi.12298/abstract>
- Portal Ambiental: Zur Wahlkampffinanzierung von Parlamentariern (auf Portugiesisch): <http://www.portalambiental.org.br/pa/noticias?id=122>
- CNBB: Carta Alberta da CNBB sobre o Marco Regulatório da Mineração (auf Portugiesisch): <http://www.cnbb.org.br/imprensa/noticias/11528-carta-aberta-da-cnbb-sobre-o-marco-regulatorio-da-mineracao>
- WWF Report 2015: State of the Amazon - Freshwater Connectivity and Ecosystem Health: [http://d2ouvy59podg6k.cloudfront.net/downloads/wwf\\_livingamazon\\_state\\_of\\_the\\_amazon\\_freshwaterconnectivity\\_\\_links\\_web\\_eng.pdf](http://d2ouvy59podg6k.cloudfront.net/downloads/wwf_livingamazon_state_of_the_amazon_freshwaterconnectivity__links_web_eng.pdf)
- WWF Study 2014: The imported risk - Germany’s water risks in times of globalization: [http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF\\_Study\\_Waterrisk\\_Germany.PDF](http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF_Study_Waterrisk_Germany.PDF)
- WWF Position 2014, Global Network Positions: Dams: [http://d2ouvy59podg6k.cloudfront.net/downloads/141205\\_wwf\\_dams\\_position.pdf](http://d2ouvy59podg6k.cloudfront.net/downloads/141205_wwf_dams_position.pdf)
- Link zum Dokumentarfilm über das Waldgesetz und die Trockenheitsproblematik (auf Portugiesisch) [http://o2filmes.com.br/2691/22\\_DE\\_FEVEREIRO\\_-\\_A\\_LEI\\_DA\\_AGUA](http://o2filmes.com.br/2691/22_DE_FEVEREIRO_-_A_LEI_DA_AGUA)
- WWF Sumário 2012: Sumário para Tomadores de Decisão: Além de grandes hidrelétricas – Políticas para fronts renováveis de energia elétrica no Brasil:
- Soares-Filho, B. et. al (2014) Cracking Brazil’s Forest Code Science-Policy Forum
- Offener Brief der Präsidentin Rousseff gegen PEC 215 (auf Portugiesisch) <http://www.pt.org.br/dilma-reafirma-compromisso-com-indigenas-em-carta-aberta/>
- Auswärtiges Amt; [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Brasilien/Bilateral\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Brasilien/Bilateral_node.html)
- Kfw: [https://www.kfw-entwicklungsbank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-Entwicklungsbank/KfW-Entwicklungsbank\\_alt/Wer-wir-sind/Pressemitteilungen/Pressemitteilungen-Details\\_208128.html](https://www.kfw-entwicklungsbank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-Entwicklungsbank/KfW-Entwicklungsbank_alt/Wer-wir-sind/Pressemitteilungen/Pressemitteilungen-Details_208128.html)
- ARPA: <http://programaarpa.gov.br/en/uncategorized/what-is-arpa-3/>
- CIMI: <http://cimi.org.br/site/pt-br/?system=news&action=read&id=7976>
- OECD: <http://www.oeco.org.br/noticias/28901-as-novas-velhas-pautas-da-bancada-ruralista>
- INPE: <http://www.inpe.br/>
- Science: Ferreira et al: Brazil’s environmental leadership at risk
- PIB: <http://pib.socioambiental.org/pt/c/o/1/2/demarcacoes-nos-ultimos-governos>
- FAO: <http://www.fao.org/forestry/vrd/entities/31/by/others#arrangements/q//t/2006-2018/f/604/r/31/a/o-762/p/1>
- <http://www.nationalpark.me/deutschland>
- [http://www.mma.gov.br/images/arquivo/80112/CNUC\\_Categoria\\_Fevereiro\\_2015.pdf](http://www.mma.gov.br/images/arquivo/80112/CNUC_Categoria_Fevereiro_2015.pdf)
- [http://www.mma.gov.br/images/arquivo/80112/CNUC\\_Bioma\\_Fevereiro\\_2015.pdf](http://www.mma.gov.br/images/arquivo/80112/CNUC_Bioma_Fevereiro_2015.pdf)
- <http://www.funai.gov.br/index.php/indios-no-brasil/terras-indigenas>
- <https://www.kfw.de/KfW-Konzern/Newsroom/Chancen/Brasilien/>
- Ex post Evaluation Brief: KV-Demarcation of Indian Territories (PPTAL)